

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannsgasse 33.
Spezialhandl. der Redaction:
Bermittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Bei der Abgabe einzelner Manu-
scripte macht sich die Redaction nicht
verantwortlich.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Manu-cripte an Wochentagen bis
1 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 1/2 Uhr.

In den Filialen für Zus. Annahme:
Otto Kierm, Universitätsstr. 22,
Haus 104, Rathhausstr. 18, u.
max bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementpreis viertelj. 1 1/2 Th.
incl. Frangirten 5 Th.
durch die Post bezogen 6 Th.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 25 Pf.
mit Postbeförderung 45 Pf.
Inserte 5 Gelp. Zeitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis. — Tabellen über
Bay nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionstich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserte sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numerando
oder durch Postnachschuß.

N^o 158.

Sonnabend den 7. Juni 1879.

73. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag den 8. Juni nur Vormittags bis 1/2 9 Uhr
geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Gewölbe-Vermiethung.

Das im Erdgeschoße des Börsegebäudes auf der Stockhausseite befindliche, aus zwei Abtheilungen bestehende erste Gewölbe vom Rathhaus aus nebst Niederlagsraum unter der Treppe soll vom 1. Juli d. J. ab gegen einhalbjährliche Kündigung

Montag, den 16. d. M., Vormittags 11 Uhr

an Rathshalle im Versteigerungsweg anderweit vermiethet werden und liegen die Vermietungs- und Versteigerungsbedingungen (sich vor dem Termine auf dem Rathhaussaale, 1. Etage, zur Einsichtnahme aus).

Leipzig, den 4. Juni 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georol. Stöb.

Königliche Kunstakademie und Kunstgewerbeschule.

Die Schülerarbeiten bleiben noch

bis Montag, den 9. Juni e.

in Cartonfaale des städtischen Museums ausgestellt.
Leipzig, am 4. Juni 1879.

Der Director:
Rieder.

Centrum und Finanzreform.

In den Erörterungen der Centrumpresse über die Stellung ihrer Partei zur Finanzreform spielt zur Zeit eine Hauptrolle die Forderung von „föderativen Garantien“. Nach einer näheren und bestimmten Erläuterung dieses Postulats haben wir uns bisher vergebens umgesehen. Die „Germania“ giebt indes einen Fingerzeig, indem sie auf die Rede des Abgeordneten Windthorst in der Generaldebatte über den Zolltarif verweist. In derselben finden wir folgende Stelle: „Wir haben durch die Reichsverfassung den Einzelstaaten das Recht, indirecte Steuern aufzuerlegen, entgegen; was ist natürlicher, als daß sie an uns kommen und sagen: mit Dem, was wir haben, können wir nicht mehr auskommen, ihr müßt uns indirecte Steuern geben, und daß der Reichstag oder das Reich erwidert: wir wollen einen solchen Betrag an indirecten Steuern aufschreiben, wir wollen sie einnehmen und verworfen, und sie werden vertheilt genau so, wie es zur Zeit des Zollvereins war; alle Staaten haben ihr Geld, und das Reich hat von ihnen Das zurück zu empfangen, was es zu haben nöthig hat, um seine Bedürfnisse zu befriedigen. Diese Form gefällt mir viel besser als jegliche andere, und ich glaube auch, daß mit einer solchen Form der föderativen Charakter des Reichs besser bewahrt und am besten zum Ausdruck gebracht wird. Denn darüber dürfen wir uns nicht täuschen, meine Herren, wir stehen bei diesen Fragen gegenüber einem Schritte, der den Einheitsstaat vollendet, und darum sind die proponenten Maßregeln für mich von so eminentem Bedeutung und Tragweite.“ Diese Ansicht zu einer bestimmten Forderung formulirt würde lauten: Beibehaltung des Systems der Matrikularbeiträge im Reich und Ueberweisung aller neuen indirecten Steuern an die Einzelstaaten. Es wäre von Interesse, zu wissen, ob Dies etwa die vom Centrum verlangten föderativen Garantien sind. Sind sie es, so wird sich schwer sagen lassen, wie ein solcher Standpunkt mit demjenigen des Reichstanzlers in Einklang gebracht werden könnte. Fürst Bismarck sagte noch in seiner Rede vom 2. Mai d. J.: „Gewiß ist, daß es für das Reich unerwünscht ist, ein lästiger Koloss an Beiträgen zu sein, ein wachsender Klumpen, während es der freigelegte Verfolger der Einzelstaaten sein könnte bei richtiger Benützung der Quellen, zu welchen die Schlüssel durch die Verfassung in die Hände des Reichs gelegt, bisher aber nicht benutzt worden sind. Diefem Zustande muß, glaube ich, ein Ende gemacht werden, denn die Matrikularumlage ist ungleich und ungerecht in ihrer Vertheilung, wie damals Herr Riquel sagte: 30,000 oder, wie er sagte, 100,000 Bewohner von Thüringen oder Baden können nicht ebensoviel bezahlen an Matrikularbeiträgen, wie 30- oder 100,000 Bewohner von Bremen oder Hamburg. Die Consolidation des Reichs, der wir ja Alle zustreben, wird gefördert, wenn die Matrikularbeiträge durch Reichsteuern ersetzt werden; sie würde auch nicht verlieren, wenn diese Steuern so reichlich ausfallen, daß die Einzelstaaten vom Reich anfangen, anstatt daß sie bisher in einer nicht immer berechenbaren und für sie unangenehmen Weise zu geben hatten.“ Man sieht, Das ist das gerade Gegenheil der Derzentswünsche des Herrn Windthorst. Die Regierungspresse hat bisher nicht für nöthig gehalten, von diesem bedenklichen Unterschieden Notiz zu nehmen. Die „Provincial Correspondenz“ versichert vielmehr,

„die vielverbreitete Annahme, daß das Einberufen, welches bisher unter den Freunden der wirtschaftlichen Reform erfolglos abgewälzt hat, den sogenannten Finanzjällen gegenüber seine Kraft verlieren werde, dürfte sich sehr bald als irrig erweisen.“ Die Bedenken, meint sie ferner, „welche von politischen Gesichtspunkten der Durchführung der Finanzreform entgegen zu stehen scheinen, dürften in vertrauensvollem Entgegenkommen ihre Erledigung finden.“ Das halbamtliche Blatt muß ja wissen, worauf es diese Zuversicht gründet. Für die übrigen Gesichtspunkte aber, welche aus der Finanzreform eine „Stärkung des Reichsgedankens“ erwarten, wäre es doch auch von einigem Interesse, bald die Grundlagen kennen zu lernen, auf welchen die bayerischen und welfischen Particularisten für diese Reform gewonnen werden sollen.

„Berlin, 5. Juni. Ueber die Stimmung der Ultramontanen in Rheinland und Westfalen wird uns von dort geschrieben: „Bemerkenswerth ist es, daß unsere Revisten das „Einheitsrecht“ der Schutzgilde auf ihr Programm „Wahrheit, Recht, Freiheit“, d. h. auf eine radicale Umkehr auf dem kirchenpolitischen und dem politischen Gebiete bisher nicht verzichtet haben; „Weg mit Haß und keine Finanzjälle“ ist die Parole. Die ultramontane Wählerchaft ist nicht umsonst an den Besten des Jesuitismus großgeföhnt worden. Sie sagt: „Der Zolltarif hat Fürst Bismarck mit unserer Hilfe, inbegriffen die fatalen Streibejälle, durchabgelassen, ob er uns die Maßregeln abschaffen wird, wissen wir nicht, somit handelt es sich darum, den Damm an dem Geldbeutel zu drücken. Wer sein Mandat für das Centrum beibehalten will, muß gegen die Finanzjälle stimmen.“ Inzwischen scheint es mit dem Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages zwischen dem Berliner Cabinet und dem Vatican noch im Argen zu liegen. So bestätigt sich die aus Rom schon vor einiger Zeit hierher gemeldete Nachricht, daß die Gespräche von der bevorstehenden Unterzeichnung eines Concordats zwischen dem Vatican und der deutschen Regierung völlig ungründet war, weil die Vorschläge des Vatican in Berlin nicht acceptirt wurden. Selbstverständlich ist der Abg. Windthorst mit seinen Plänen in eine Sadgasse gerathen und der Reichstanzler befindet sich ebenfalls in der unangenehmen Lage, seinen neuen Bundesgenossen nicht die gewünschten Zugeständnisse machen zu können. Ein viel genannter liberaler Staatsmann machte dieser Tage die Bemerkung: dem Kanzler erziele eine doppelte Remesse. Einerseits habe er von den Liberalen um einen viel geringeren Preis die Finanzjälle bewilligt erhalten und andererseits rächen sich die Ultramontanen durch Ablehnung der Finanzjälle in beschämender Weise. Die „Provincial Correspondenz“ will zwar wissen, daß die Freunde der Wirtschaftreform, wozu wohl zunächst nur die Ultramontanen und Conservativen gehören, auch von der Nothwendigkeit der Finanzreform durchdrungen sind. Sie giebt sogar zu verstehen, daß auch die Nationalliberalen seit Jahren in Uebereinstimmung mit dem Reichstanzler eine umfassende Finanzreform im Interesse des Reichs und der Einzelstaaten gewünscht haben. Aber unerfindlich bleibt es, wie das offizielle Blatt in einem Augenblicke, wo die Verhandlungen der Tabak- und Branntwein-Kommissionen eine so bedeutende Wendung nahmen und die liberalen Parteien eben so wenig wie die Ultramontanen sich

geneigt zeigen, den Finanzjällen zuzustimmen, die politischen Bedenken gegen diese Jälle leicht zu beseitigen hofft. In hiesigen Abgeordnetenkreisen weiß man in der That nicht, auf Grund welcher Compromißverhandlungen die „Pro.-Corr.“ auf ein „vertrauensvolles Entgegenkommen“ der Ultramontanen und Liberalen zur Erledigung der Finanzjälle rechnen darf.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 6. Juni.

Die Feier der goldenen Hochzeit unseres Kaiserpaars — so schreibt die „Pro.-Corr.“ in einer Art Vorprogramm — wird am 11. Juni Mittags im königlichen Schlosse zu Berlin stattfinden. Die kaiserlichen und königlichen Majestäten werden sich am Vormittag nach 11 Uhr vom königlichen Palais in das Schloß begeben und dort zunächst im Rittersaale die Glückwünsche der versammelten Mitglieder der königl. Familie und der Verwandten des königl. Hauses entgegennehmen. Daraus begiebt sich das kaiserl. Jubelpaar mit denselben durch die Bildergalerie und den Weissen Saal nach der neuen Schloßcapelle, woselbst sich alle anderen zu dem Feste Geladenen, sowie die Deputationen aus den verschiedenen Provinzen Preußens und aus anderen deutschen Bundesstaaten bereits versammelt haben. Die erste feierliche Einsegnung des hohen Jubelpaars wird durch den Hof- und Domprediger Dr. Rögel vollzogen und vom Lustgarten durch 101 Kanonenschüsse verkündet. Nach der kirchlichen Feier begeben sich die Majestäten zunächst nach den Schwarzen Adler-Kammern und nehmen sodann im Rittersaale die Cour des Diplomatischen Corps, hierauf in der Bildergalerie die Huldigungen sämmtlicher zur Feier geladenen Herren und Damen, des Reichstanzlers, der General-Feldmarschälle, der Ritter des Schwarzen Adlerordens, der landesfürstlichen Fürsten, der Generalität, der Staatsminister, der Bevollmächtigten zum Bundesrathe, der Wirk. Geh. Räte und Ober-Präsidenten, — ferner im Weissen Saale die Glückwünsche der sämmtlichen aus Preußen und anderen deutschen Ländern entsandten Deputationen entgegen, — und zwar der Präsidien der beiden Häuser des preussischen Landtags, der Deputationen der einzelnen preussischen Provinzen, der Deputationen der Ritter- und Land-schaften, der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Künste, der Universitäten, des Vaterländischen Frauenvereins, des Central-Comité zur Pflege verwanter Leiden, des Handwerkerbundes u. s. w. Daraus kehren Ihre Majestäten in das königliche Palais zurück. Nachmittags um 5 Uhr findet im königlichen Palais Familientafel für die Mitglieder der königlichen Familie und die fürstlichen Gäste, — am Abend um 8 Uhr festliche Tafel im Opernhause statt. Am Donnerstag, 12. Juni, vereinigt ein Festmahl im Schlosse nochmals die Verwandten und Gäste des königlichen Hauses, sowie alle zur Theilnahme an der Feier Geladenen und die Deputationen. Mit einem Concert im königlichen Palais schließen am Donnerstag Abend die Festlichkeiten.

„Der Untergang der deutschen Panzerfregatte „Großer Kurfürst“ und das sogenannte System Stosch“ betitelt sich eine Brochure, welche soeben „ein deutscher Seemann“ hat erscheinen lassen. Ausgehend von den bekannten Artikeln der „Deutschen Revue“ sucht derselbe nachzuweisen, daß diejenige Uebellände in der deutschen Marine, welche man in der Zeitungspreffe wie im Parla-

ment in dem „System Stosch“ erkannt haben will, viel älteren Datums sind, als die Auf-führung des gegenwärtigen Marineministers hinauf-reicht. Eines habe freilich auch Herr v. Stosch ein-germaßen verkannt, daß nämlich in den dienstfläch-tigen Mannschaften unserer Kauffahrtei die Kriegsmarine ihren besten Kern und Esah besitze. Während alle Nationen das größte Gewicht dar-auf legen, möglichst viel erfahrene Seeleute von der Kauffahrtei zum Dienst für die Kriegsmarine heranzuziehen, werde Das bei uns verabsäumt. Dabei wird bemerkt, daß eine eigentliche Abneigung gegen den Kriegsmarinendienst bei unseren See-leuten nicht herrsche, wohl aber gegen die Hand-habung der Disziplin auf den Kriegsschiffen, welche ohne die nöthige Rücksicht auf seemännische Ge-wohnheiten und seemännisches Ergefühl in zu aus-gesprochen militärischer Weise organisirt und daher dem erfahrenen Seemann von Grund aus zuwider sei. Diesen wichtigen Punkt führt der Verfasser des Näheren aus, unter Fixirung der einzelnen abzustellenden Richtigkeiten (Straf-Classe, Straf-Arbeit, vor Allem aber das misliche Stabswach-meister-Institut) und unter Hervorhebung positiver Vorschläge (Aenderung in den Disciplinar-, Be-urlaubungs-, Pensions- und Avancements-Bestim-mungen), deren Beobachtung nicht verfehlen werde, unserer Kriegsmarine wieder tüchtige besahrene See-leute zuzuföhren. Zum Schluß recapitulirt der Autor seine Meinung noch einmal in dem Satze, daß die bestehenden Mängel nicht dem „System Stosch“, sondern älteren Hehlgriffen zuzuschreiben seien und daß man die Abstellung der Richtigkeiten gerade von der Scharfsichtigkeit des gegenwärtigen Marine-ministers erwarten dürfe, dessen Rücktritt vom Amte, wie er als bevorstehend angelündigt werde, somit nicht weniger als wünschenswerth sei. Wenn der Verfasser mit seinen Ansichten auch nicht in allen Punkten Zustimmung finden wird, so dürfte er derselben doch überall dort gewiß sein, wo er sich gegen den militärisch-bureaucratischen Geist in der Marine wendet, an dessen Stelle er „freie Fahrt für des Seemanns Art“ verlangt.

Die diplomatische Correspondenz, welche als Anhang zu dem Vertrage mit den Samoa-Inseln vorgelegt worden ist, bildet wohl die erste bedeutendere Abweichung von dem Gebrauch des Fürsten Bismarck, seine Blaubücher herzustellen. Seine persönliche Thätigkeit tritt in ihr allerdings auch nirgends hervor: es ist entweder sein Stellvertreter im Auswärtigen Amte oder der Chef der Admiralität, der die Action leitet. Das eigentliche Verdienst der letzteren ruht bei den an Ort und Stelle thätigen Organen: dem Consul Th. Weber und dem Capitain v. Berner. Der Letztere, nicht zu verwechseln natürlich mit dem bei Herrn v. Stosch in Ungnade ge-fallenen Admiral Berner, scheint früher vorwärts gedrängt, Consul Weber eher zurückge-halten zu haben. Dem Seemann allein ver-danken wir auch den unterthörischen Besitz zweier Hüfen in der Sübsee, Riofio und Malabas in der Gruppe der Herzog-Norfol-Inseln, für deren eventuellen Rückverkauf er sich allerdings zwei dortige deutsche Geschäftshäuser gesichert, und deren Erwerb ohne Ausrüstung und Beistand der Reichsregierung Anlaß gegeben hat, vor der Wiederholung solcher unliebsamer Ueberraschungen zu warnen. Es ist aber wohl gerade dieser be-sondere Fall in Verbindung mit der eigen-thümlichen Natur des dort in der Sübsee zu gewähren-den Reichthums gewesen, was die Ernennung des Corvetten-Capitains Remsch zum Consul für alle jene Inselgruppen in der